



TOP 9

**"Eilantrag Stärkungspakt Stadtfinanzen
für mehr Investitionen und Beschäftigung vor Ort"**

Rede des kommunalpolitischen Sprechers
der SPD-Landtagsfraktion, Hans-Willi Körfges,
anlässlich der Plenarsitzung am 13. November 2008

Es gilt das gesprochene Wort



Anrede,

trotz außergewöhnlich guter Konjunkturlage und überdurchschnittlich hohen Steuereinnahmen hat sich die Finanzsituation in einigen Kommunen in NRW dramatisch zugespitzt. Auch wenn derzeit die Situation in Oberhausen im Focus steht, betrifft das Problem viele Kreise und Städte in unserem Land.

Gleichzeitig zeichnet sich vor dem Hintergrund der Finanzkrise ein konjunktureller Einbruch ab. Die betroffenen Kommunen weisen schon seit geraumer Zeit darauf hin, dass eine weitere Verschärfung ihrer finanziellen Notlage, bis hin zur Handlungsunfähigkeit, unvermeidbar ist, wenn es nicht zu einer Konsolidierung mit Hilfe des Landes kommt.

Erst in der letzten Woche haben die besonders betroffenen Kommunen das Land aufgefordert, eine wirksame Unterstützung zu leisten. Allen voran der Vorsitzende des Städtetages und OB von Mönchengladbach, Norbert Bude. Leider gibt es keine qualifizierte Reaktion der Landesregierung. Sparappelle und Hinweise zur nachhaltigen Finanzwirtschaft, unzulässige Vergleiche zwischen Gebietskörperschaften, Hinweise auf die kommunalaufsichtsrechtlichen Möglichkeiten sind keine Unterstützung. Vielmehr greift diese Landesregierung den Kommunen in die Tasche, zeigt mit Fingern auf angeblich verantwortliche vor Ort und ruft lauthals: Haltet den Dieb! In diesem Zusammenhang bewahrheitet sich einmal mehr das Zitat des verstorbenen Ministerpräsidenten und Bundespräsidenten Johannes Rau, dass auch Ratschläge Schläge sein können.

Tatsächlich ist das Land nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich in der Verpflichtung, unseren Städten und Gemeinden, die unter einer strukturellen Überschuldung leiden, wirksam zu helfen. Dies ist umso mehr geboten, als in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation Investitionen vor Ort dringend erforderlich sind, um Beschäftigung und wirtschaftliche Strukturen zu sichern.

Die kommunalen Spitzenverbände weisen zu Recht auf die Staatshaftung für Kommunen hin, deren eigenverantwortliche Selbstverwaltung in Folge struktureller Überschuldung gefährdet ist. Wollen wir wirklich so lange warten, bis dieser Fall eintritt?

Uns ist in der Debatte um die Landesbanken mangelnder Patriotismus vorgeworfen worden. Meine Damen und Herren von den Mehrheitsfraktionen, wenn ich mir vor Augen führe, dass Sie die Notlage vieler Kommunen in unserem Lande nicht nur ignorieren, sondern gleichzeitig auch massiv in die Kommunalfinanzen eingegriffen wird, dann erlaube ich mir, Sie ausdrücklich an die Gesamtverantwortung für die Lebensbedingungen in unserem Land zu erinnern.

Und das sehen auch viele Christdemokraten wie wir. Der Bürgermeister aus Grevenbroich, Herr Dr. Prümm, formuliert eindeutig: **"Das Land ist in der Pflicht."**

Selbst Kollegen im Haus teilen unsere Ansicht. Wenn Kollege Post feststellt, Mönchengladbach habe kein Geld verschwendet, sondern stehe wegen struktureller Probleme so schlecht da, dann ist das richtig, "man könne niemandem das Zusammenbrechen der Textilindustrie anlasten". Und er stellt in der RP vom 07.10.2008 die Frage:

"Brauchen wir nicht einen Soli für Kommunen wie Mönchengladbach?"

Ich kann nur sagen, herzlich willkommen im Club, denn das, was für meine Heimatstadt gilt, muss auch für die Menschen im Ruhrgebiet, im bergischen Land und anderen betroffenen Regionen gelten. Deshalb fordern wir Sie dazu auf, kurzfristig wirksame Schritte im Rahmen eines Stärkungspaktes mit uns gemeinsam einzuleiten. Unser Ansatz ist die Entlastung von Zinslasten und Tilgung von Altschulden und der Abbau dieser Altschulden.

Vielleicht hat der Herr Finanzminister gestern die Finanzierung unseres Vorschlages voreilig verteufelt. Denn gerade gestern hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Einleitung einer konjunkturgerechten Wachstumspolitik gefordert.

Wenn wir unsere Kommunen wieder in den Stand versetzen, notwendige Investitionen vor Ort vorzunehmen, fördern wir gleichzeitig die regionale Wirtschaftsstruktur und stärken den Mittelstand. Der von uns in Ansatz gebrachte Betrag erreicht noch nicht einmal die Höhe dessen, was diese Landesregierung den Kommunen in NRW vorenthalten hat. Ich zitiere die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zum Gemeindefinanzierungsgesetz: **"Die Städte, Gemeinden und Kreise müssen seit dem Haushaltsjahr 2007 kommunalbelastende Änderungen in einer Größenordnung von 350 Mio. Euro jährlich verkraften."**

Nicht eingerechnet sind Ihre kommunalfeindliche Berechnung der

finanziellen Belastungen der Kommunen bei der Beteiligung an den Einheitslasten.

Meine Damen und Herren von den Mehrheitsfraktionen, Sie werden sicherlich gleich wortreich erklären, warum Sie unserem Vorschlag nicht zustimmen. Solange Sie keine eigenen Vorschläge zur Stärkung der Finanzkraft überschuldeter Kommunen vorlegen, bleibt das eine wenig überzeugende Haltung und zeigt nur, dass Sie Probleme bewusst ignorieren. Ich darf bereits jetzt versprechen, dass wir an diesem Thema weiterarbeiten. Ein starkes Land braucht handlungsfähige Kommunen.